kulturell gehobener Geselligkeit zu schaffen, will ich nur im Vorbeigehen streifen. In wenigen Tagen wird hier in Leipzig eine Konferenz stattfinden, die sich mit der Geselligkeits- und Festkultur befaßt. Ich wünsche den Beratungen selbstverständlich besten Erfolg, würde mich aber freuen, wenn die Veranstaltung auch zu solchen Bereicherungen der sozialistischen Festkultur Stellung nehmen würde, die mir hier in Leipzig überreicht worden ist und die ich persönlich nicht als solche ansehen kann.

Es ist mir ein Song übergeben worden, der im Arbeiter-Theaterverlag Alfred Jahn, Leipzig, erschienen ist, Nr. 5, „Bonzentanz", Worte und Musik von Lobo Frank, ein Name, den ich auch „auf den Festprogrammen dieses Parteitages gesehen habe. Es heißt da als „Spielanmerkung":

In die Mitte des Podiums stellt man einen auf Pappe gemalten roten Dachgiebel, mit einem großen runden Fahnenlochausschnitt, um den die Arbeiter rechts und links gruppiert sind. Der Bonze steckt zu den betreffenden Textstellen seinen Kopf durch das Fahnenloch. Es macht dem Spiel keinen Abbruch, wenn stets der gleiche Bonze heraussieht. Die Wirkung wird aber gesteigert, wenn der Darsteller jeweils durch Hornbrille, Kneifer, Schnurrbart oder hinter das Ohr gesteckten Federhalter, sowie beim Tanz durch jeweils andere Körperhaltung den Bonzen flüchtig charakterisiert. Auch soll der Bonze, im Gegensatz zu den Arbeitern, möglichst vornehm gekleidet sein. Bei „Darf ich bitten" kommt er hinter dem Giebel hervor, nach dem Tanz verschwindet er schnell wieder hinter ihm. Das Ganze kann als lustige Improvisation wirken.

1.

Arbeiter (singen):
Wir haben gebaut ein schönes Haus,
ein rotes Gewerkschaftshaus.
Der Bonze, der guckt zum Fahnenloch heraus,
zum Fahnenloch heraus.

Bonze (steckt den Kopf durchs Fahnenloch und kommandiert):
Aufgepaßt! Angefaßt!
Nicht gemuckt! Nicht gezuckt!
Der Sozialismus, der marschiert!

Arbeiter (schrecken wie mechanische Puppen scherzhaft zusammen; dann lachen sie herzhaft auf):
Ha ha ha ha ha ha ha ha! Ha ha ha ha ha ha ha ha,
ha ha, ha ha!
(Sie nähern sich mit harmlosem Spott dem Giebel.)
Lieber Bonze, komm herunter!
Alles geht schon drauf und drunter!
Lieber Bonze, reih' dich ein,
denn du willst ja, denn du willst ja
auch Prolete sein!

Ein Arbeiter (spricht mit einer scherzhaften Einladung zu dem Bonzen).
Darf ich bitten, Herr Stadtrat?!
(Die Arbeiter holen den Bonzen hinter dem Giebel hervor.)

Ein anderer Arbeiter (tanzt mit dem Bonzen).

Die Übrigen (singen dazu und klatschen dabei in die Hände):
Laßt die Bonzen tanzen,
eh' sie dick und rund.
So ein kleiner Dreher
ist ja so gesund!

Der Bonze (bleibt, nach Atem ringend, stehen und ruft):
Auto! — Auto! — (Verschwindet hinter dem Giebel.)

Nachdem man so den Gewerkschaftshausbonzen durchgehechelt hat, kommt der Bonze für das rote Konsumhaus dran, dann der Bonze für das rote Turnerhaus und schließlich der Bonze für das rote Jugendhaus.

Ich bitte mich nicht mißzuverstehen! Wer keinen Humor, keine Satire vertragen kann, auch wenn sie sich gegen ihn selbst richtet, soll sich begraben lassen. Aber dieser „Bonzentanz" ist weder geistvolle Satire, noch ein heiterer Festbeitrag. Er soll lediglich den Zweck haben, in die gleiche Kerbe der Verhöhnung der älteren Genossen zu hauen, von der wir auf diesem Parteitag einiges erlebt haben. So kann man aber junge Parteigenossen nicht zur Freude an der Partei erziehen. (Sehr richtig!)

Ich muß noch auf zwei Anträge eingehen, die Ihnen gedruckt vorliegen. Antrag 185 will eine Sozialistische Hochschulgemeinschaft schaffen. Wie wichtig sie ist oder doch werden kann, brauche ich nicht mehr darzulegen, das hat Genosse Berlowitz gestern eingehend getan. Was wir Ihnen zur Annahme empfehlen, ist von allen beteiligten Organisationen unter Führung des Parteivorstandes in eingehender Besprechung ausgearbeitet worden. Ich bitte Sie, diese Resolution einstimmig anzunehmen. Ich verspreche mir davon eine starke Wirkung auf den studentischen Nachwuchs.

Antrag 184 will besonders Berufsgruppen und Arbeitskreise, die sich in der Partei gebildet haben, in geeigneter Weise zusammenführen und in unsere Bildungsarbeit einfügen. Bei den sozialistischen Lehrern ist dies schon seit langen Jahren der Fall und die Zusammenarbeit hat sich aufs beste bewährt. Wir möchten aber auch den besonderen Sachverstand der sozialdemokratischen Juristen und Ärzte und die neu zu schaffende Hochschulgemeinschaft zur zweckmäßigen Zusammenarbeit miteinander gewinnen statt sie ohne Zusammenhang oder gar gegeneinander wirken zu lassen. Diese neue Zusammenfassung macht zur Bedingung, daß alle, die an ihr teilhaben, der Partei angehören müssen und daß die ganze Arbeit dieser Parteikreise an die Parteiarbeit und Parteiaufsicht gebunden ist. Die Arbeitskreise sollen, wie ich noch besonders betonen möchte, innerhalb der Gemeinschaft die für ihre Arbeit notwendige Selbständigkeit behalten. Auch für diesen Antrag bitten Parteivorstand und Parteiausschuß um Ihre Zustimmung.

Noch eine kurze Schlußbemerkung! Im September dieses Jahres werden es 25 Jahre, daß der Mannheimer Parteitag den Zentralbildungsausschuß eingesetzt und damit einen neuen Abschnitt unserer sozialistischen Bildungsarbeit eingeleitet hat. Wir wollen die Erinnerung an diesen Tag durch eine allgemeine Werbung für die sozialistische Bildungs- und Kulturarbeit begehen. Das Thema soll lauten: Bildung und Politik. Wir wollen durch diese Veranstaltung, zu der wir alle parteigenössischen Bildungsorganisationen aufrufen, für den Bund von Politik und Bildung demonstrieren, für eine Politik, die nicht mit Schlagworten und Schlagringen, sondern mit schlagenden Beweisgründen arbeitet, und für eine Bildung, die nicht lebensfremd in der ungeheuren Bildungsmasse herumstochert, sondern die sich Ziel und Richtlinien vom Sozialismus geben läßt und praktisch wieder in die politische Arbeit der Sozialdemokratie einmündet. So soll gewissermaßen das bekannte Wort unseres alten Wilhelm Liebknecht als Motto über dieser großen Demonstration stehen: Wissen ist Macht und Macht ist Wissen! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Kontrollkommission

Referent **Wilhelm Bock** (stürmisch begrüßt): Liebwerte Genossinnen und Genossen! Mein Bericht umfaßt die Geschäftszeit vom Magdeburger Parteitag bis heute.

Die Kontrollkommission hat, wie üblich, an jedem Quartalsschluß die fällige Revision vorgenommen.

Zwischenrevisionen erübrigten sich, da die Führung unseres Kassenwesens in mustergültiger Art vor sich geht.

Bei allen Revisionen stellten die Kontrolleure fest, daß Kasse, Bücher und Belege in bester Ordnung waren.

Bei der Größe und dem Wachstum der Partei hat sich die Zahl der Angestellten und die Zahl der Institute und Einrichtungen zu einem mächtigen Apparat ausgewachsen. Sie finden das alles geordnet im Jahrbuch registriert. Da dasselbe aber nicht allgemein gelesen wird, bringe ich hier nur den Hauptteil zur Kenntnis der Öffentlichkeit.

Die Partei arbeitete mit einem Etat im letzten Jahre von 4 104 004,60 Mark, hat 162 Angestellte und 65 Bezirkssekretäre. An Einrichtungen sind vorhanden: Der Reichsausschuß für Bildungswesen, die Konzentration, das Pressebüro, der Bücherkreis, das Archiv, die Arbeiterwohlfahrt, die Sozialistische Arbeiterjugend, die Inseraten-Union A.-G., die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, der Buchhandel, der Film- und Lichtbilddienst. Unter der Leitung der Partei werden herausgegeben: „Die Gesellschaft", „Das Freie Wort", die „Sozialistische Bildung", „Die Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz", „Der Wahre Jakob", die „Frauenwelt", die „Gemeinde".

Was für eine gewaltige Arbeit alle diese Einrichtungen erfordern, wenn alles tadellos, wie bisher, funktionieren soll, darüber mögen die Mitglieder auch einmal nachdenken. Die „Bonzen" sitzen bei uns nicht nur auf dem Drehstühlchen, es muß jeder sein Arbeitsquantum erledigen.

Auch einen Teil dieser Institute haben wir kontrolliert, über die anderen ließen wir uns berichten und informieren. Hinzu kommen noch die Verwaltung der Häuser Lindenhaus A.-G. und Belle-Alliance-Platz sowie das Bebel- und Marx-Haus.

Wenn ich schon auf dem letzten Parteitag über die in unserem Kassenwesen herrschende Ordnung unserer Freude Ausdruck gab, so gilt auch heute noch, daß wir mit Stolz auf unsere Verwaltung blicken können, wenn in einer Zeit der Überkorruption, der grassierenden Unterschlagungen und der epidemischen Betrügereien bei uns alles in Takt ist.

Ehrlichkeit und Treue sind zwar Selbstverständlichkeiten, aber die zahllosen Abweichungen in gegnerischen Lagern zeigen uns, daß die Sozialdemokratie unseren Feinden auch auf diesem Gebiet als Vorbild dienen kann. (Bravo!) Alle notwendigen und geschäftlichen Angelegenheiten der Partei haben wir, Parteivorstand und Kontrollkommission zusammen, in gemeinsamen Sitzungen besprochen.

Am 6. Oktober fand auf Einladung des Vorstandes eine gemeinsame Sitzung statt, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Außerdem hat die Kontrollkommission an sämtlichen Sitzungen des Parteiausschusses teilgenommen. Beschwerden gingen der Kontrollkommission zwei zu, eine gegen den Bezirksvorstand der Pfalz von der Ortsgruppe Rheingönheim, die zweite vom Genossen Dünhoff (Hagen i. W.) gegen die Konzentration.

Die Beschwerde Rheingönheim richtete sich gegen den Bezirksvorstand Ludwigshafen. Der Bezirksvorstand hatte am 7. und 8. Juli einen Antrag auf Beitragserhöhung mit 111 gegen 56 Stimmen abgelehnt. Eine Konferenz des Unterbezirks Ludwigshafen hat die Erhöhung des Beitrags mit 28 gegen 22 Stimmen beschlossen. Die Beschwerdeführer machten geltend, daß der Unterbezirksparteitag kein Recht habe, den Beitrag zu erhöhen, nachdem der Bezirksparteitag dies abgelehnt hat. Sie beschwerten sich weiter, daß ein Antrag auf schriftliche Abstimmung über die Erhöhung der Beiträge unberücksichtigt blieb, und wollten wissen, ob sie für ihren Ort eine Beitragserhöhung ablehnen könnten.

Nun hat am 1. Februar 1930 der Bezirksvorstand der Neustadt einstimmig beschlossen, den Beitrag auf 70 Pfennig zu erhöhen. Der Bezirksausschuß hat diesem Beschluß zugestimmt. Damit ist § 12 des dortigen Parteistatuts erfüllt, der besagt, daß der Bezirksvorstand und Bezirksausschuß die Höhe des Beitrags festsetzen. Wir ersuchten die Mitglieder, den rechtmäßig zustandegekommenen Beitragsbeschluß zu beachten, da ohnedies der Bezirk Ludwigshafen die niedrigsten Beiträge zahlte.

Die Beschwerde des Genossen Dünhoff war sehr umfangreich, und zur Beratung war Dünhoff selbst erschienen. Er erklärte, daß er mit seiner Beschwerde nicht bezwecke, in seine Stellung, aus der er entlassen war, wieder eingesetzt zu werden. Hauptgrund seiner Beschwerde sei, daß er und seine Familie von dem Makel befreit werden, die durch die Art und die Gründe, die angeblich zu seiner Entlassung geführt hätten, ihm ungerechtfertigterweise unterschoben worden seien. Hauptsächlich sei ihm der Vorwurf gemacht worden, daß er zu hohe Spesen berechnet habe. Er schilderte die Schwierigkeiten, die er bei seiner Berufung und Geschäftsführung gefunden habe. Ein mit Schulden überlastetes Geschäft in einem Ort, in dem die Parteiverhältnisse im Aufbau ungünstig gewesen seien. Trotzdem sei es ihm gelungen, den Grund zu einer günstigen Entwicklung des Parteigeschäftes zu legen, den es nunmehr nehmen könne.

Die Genossen Konrad Ludwig und Rupprecht betonten, daß niemand dem Genossen Dünhoff unlautere Motive unterstelle oder daß er sich bereichert habe. Auch seine Fähigkeit habe man anerkannt. Die Lage des Geschäfts habe aber erfordert, daß größte Sparsamkeit hätte obwalten müssen.

Nach eingehender Beratung, an der neben dem Beschwerdeführer die Genossen Rupprecht und Ludwig teilnahmen, stellte die Kontrollkommission ihre Auffassung wie folgt fest: Die mißliche Lage des Geschäftes in Hagen in Westfalen, insbesondere die ungenügende Leserzahl der Parteizeitung kann nicht nur dem Beschwerdeführer zur Last gelegt werden, sondern ist mit auf die ungünstigen Verbreitungsgebiete zurückzuführen. Genosse Dünhoff hat in Verkennung dieser Lage dem Geschäft Ausgaben zugemutet, insbesondere Spesen verausgabt, die das kleine Geschäft nicht tragen konnte. Die Kontrollkommission hat aber nicht den Eindruck gewonnen, daß der Beschwerdeführer aus Eigennutz oder zu seinem Vorteil handelte. Die Konzentration A.-G. hat die Entlassung des Geschäftsführers Dünhoff durch die Gesellschafter gefordert. Sie hat mitgeteilt, daß sie Dünhoff für den schwierigen Posten als Geschäftsführer in Hagen nicht für geeignet hält, daß er aber in einem anderen, seiner Begabung und seinen Fähigkeiten besser entsprechenden Platze erfolgreich arbeiten könne.

Der Verkehr zwischen Parteivorstand und Kontrollkommission war ein kollegialer, wie er auch unter dem größten Teil der Genossen üblich ist. Eine Beschwerde gegen den Parteivorstand ist in den letzten beiden Geschäftsjahren nicht eingegangen — ein Beweis seiner mustergültigen Führung. Nur unter einem solchen Impuls ist es zu verstehen, daß die Entwicklung der Partei trotz der Todfeindschaft von rechts und links und des antimarxistischen Spießbürgerblocks der Mitte sich so glänzend entwickeln konnte, indem sie ihre Mitgliederzahl über eine Million steigerte. Deshalb halten auch wir, die Kontrollkommission, uns für verpflichtet, allen Werbern für ihre Mühe und Arbeit unseren innigsten Dank abzustatten.

Nicht zu vergessen die glückliche Wahl der Parole des Genossen Wels: Wo bleibt der zweite Mann?

Diese um 50 000 überschrittene Million Mitglieder und deren Einfluß auf die Massen repräsentieren eine Macht, die der grenzenlosen Mißwirtschaft des Kapitals ein Ziel setzen wird. Aber diese Macht wird und kann sich nur dann voll und ganz auswirken, wenn die Sozialdemokratische Partei in allen Handlungen einig und geschlossen vorgeht. Dann, aber auch nur dann sind wir des Erfolges sicher. Fehler, wie wir sie in jüngster Zeit erlebten, dürfen sich nicht wiederholen. Es könnten ja sonst noch andere Gruppen mit demselben Recht geltend machen, wenn zum Beispiel die religiösen Sozialisten, die Freidenker, die Sportler, die Alkoholgegner, Gewerkschafter usw. ihre Eigenart in der Partei

durchsetzen wollten. Jetzt ist die Sozialdemokratie die stärkste Säule des Menschentums. Dann würde sie das lächerliche Gebilde der Zwietracht.

Ich habe schon in meinem letzten Bericht gesagt: Eine Millionenpartei muß im eigenen Interesse allen ihren Gliedern freie Meinungsäußerung und das unbeschränkte Recht der freien Kritik gewähren, so daß jede Frage durch und durch kritisiert werden kann. Sobald aber die Partei und ihre Vertretung mit Mehrheit einen Beschluß faßt, muß sich die Minderheit dem unterordnen. Wir haben auch in früheren Jahrzehnten Parteidifferenzen gehabt. Ich erinnere nur an die Dampfersubventionen, die Zollfragen, die Budgetfragen usw. Bei keiner dieser Fragen war aber die Situation für die Partei, für die gesamte sozialistische Bewegung eine so prekäre Lebensfrage, wie sie mit dem Panzerkreuzer zusammenhing. Bei den großen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit, denen wir entgegengehen, spielt der Panzerkreuzer gar keine Rolle, denn es geht fortan ums Ganze.

Was unser Karl Marx vor 70 Jahren prophezeit hat, daß die Großindustrie das Handwerk aufsauge, dann den Mittelstand in der gleichen Weise zerrütte, und die Industrie sich immer mehr kartelliere und so den Gipfelpunkt der Kartelle und Trusts erzwinge, wo sich die Akkumulation des Kapitals in wenigen Händen konzentriert, dieser Zustand ist heute erreicht. Ein Gesellschaftszustand, der es aber nur ermöglicht, einigen Hunderttausend Menschen unermeßliche Reichtümer zuzuschanzen, während Abermillionen Menschen buchstäblich hungern und darben, ist dem Untergang geweiht. Diese Gesellschaftsunordnung, die Millionen Arbeitslose hindert, ihren hungernden Familien die nötige Nahrung und Gebrauchsgegenstände zu erarbeiten, die Millionen langsam Hungers sterben läßt, während sie die ausländischen Banken mit Milliarden belagert, eine solche Gesellschaft ist nicht wert, noch einen Tag zu existieren. An Stelle dieser wollen wir die freie, auf den Grundsätzen der Gleichheit und Solidarität errichtete Gesellschaft. Die Industriemagnaten lassen es sich jetzt Millionen kosten, um sich eine eigene Prätorianergarde zu schaffen, die Nazis, die, wenn der Hunger und die Verzweiflung ihre Kapitalistenherrschaft bedroht, alles blutig niederschlagen soll; die Millionen opfern sie gern, weil sie diese durch Lohnabbau herausschlagen.

Darum auf zum Kampf gegen jede Tyrannei, gegen jede Art wirtschaftlicher Versklavung, gegen die Knechtung des Geistes! Auf und vorwärts zum Menschentum! (Lebhafter Beifall.)

Genossen, noch einige Worte! Ich wollte, ich könnte Sie beschwören, jedes meiner Worte zu beherzigen. Ich habe im Laufe der Jahre, die ich nun der Partei gedient habe, auch schwere Spaltungen durchgemacht. Ich habe noch immer erlebt, daß diese Spaltungen dann beseitigt wurden, wenn die drückendste Not beide Teile der Partei dazu zwang. Ich will nicht näher darauf eingehen, sondern nur fragen: Steht nicht vor unseren Augen hellodernd die Flamme der Spaltung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten? Die Folge dieser Spaltung ist bisher gewesen, daß die Lage der arbeitenden Klassen erheblich zurückgegangen ist. Allein durch die Spaltung war es den Kapitalisten möglich, die an sich schon armseligen Löhne noch zu reduzieren, die Renten der armen Kriegsinvaliden und der Sozialrentner auf ein Minimum zu beschränken. Denken Sie! Wir sind 143 Abgeordnete im Reichstag; die Kommunisten haben 74 Abgeordnete. Wenn diese beiden Parteien zusammen wären, hätten wir im Reichstag 215 Abgeordnete. 30 Abgeordnete verlieren wir bei jeder Wahl durch den gegenseitigen Kampf. Wir könnten also im ganzen etwa 250 Abgeordnete haben. Hält es jemand unter diesen Umständen für möglich, daß die heutige Gesellschaft imstande wäre, den Arbeitern so ungeheure Lasten aufzuzwingen? (Zustimmung.) Das wäre absolut unmöglich. Wir können nicht vorwärts kommen, solange die Spaltung dauert. Ich möchte beinahe sagen: Laßt alle Hoffnung fahren; solange die Spaltung dauert, können wir nichts erreichen! Es wird die allerhöchste Zeit, daß wir den Mahnruf von Marx: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! im vollsten Sinne beherzigen und danach trachten, wieder zusammenzukommen. Wir müssen den kommunistischen Arbeitern sagen: Wenn ihr eure Lage bessern wollt, müßt ihr euch mit uns vereinigen! Deshalb bitte ich Sie, Genossinnen und Genossen, die Parole in alle Welt hinauszurufen: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Ich würde mich freuen, es noch zu erleben, daß der größte Teil der deutschen Arbeiterklasse in einer Partei vereinigt dem Sozialismus entgegenmarschiert. (Lebhafter Beifall.)

Aussprache zum Bericht des Parteivorstandes

Vorsitzender **Lipinski:** Zu diesem Gegenstand der Tagesordnung gehören folgende Anträge: 26 Abs. 4, der zurückgestellt war, 184, 185, 205, 207 und 208, ferner ein noch nicht gedruckter Antrag, der den Parteivorstand beauftragen will, den schärfsten Kampf gegen die Notverordnung aufzunehmen. Die Anträge 105, 108, 132 und 134 sind zurückgezogen. Der Parteiausschuß empfiehlt, den Antrag 111 abzulehnen, falls er nicht zurückgezogen wird. Zur Debatte stehen ferner die Anträge 136 bis 173.

Frau **Zabe** (Hamburg): Parteigenossen- und -genossinnen! Ich habe unserer Opposition ein kurzes Wort zu sagen. Ich kenne sie seit Weimar und hatte die Empfindung, daß sie Opposition um der Opposition willen macht. Es ist ihr sehr schwer, die Mitglieder, die sie jetzt auf einen bestimmten Dreh gebracht hat, immer das Gegenteil von dem zu sagen, was der Parteivorstand sagt, wieder abzudrehen. Es wäre aber doch die allerhöchste Zeit, daß sich auch die Opposition zu praktischer Arbeit stellte. (Zurufe.) Es ist tief bedauerlich, daß unsere Gegner nur die Presse der Opposition gegen uns anzuwenden brauchen, um genügend Material gegen uns zu haben. (Zustimmung.) Opposition soll sein, aber sie muß sachlich sein und kann dann auch manchmal wegweisend sein. So erfreulich es ist, daß wir einen Mitgliederzuwachs haben, so wollen wir uns damit doch nicht zufrieden geben, sondern systematisch weiterarbeiten. Ich wünschte besonders, daß die Frauen der Partei mehr beiträten. Wenn wir berücksichtigen, daß gerade die Frauen von den Nöten der Zeit besonders stark beeinflußt werden und nicht genügend Zeit haben, um zu agitieren, dann möchte ich von dieser Stelle aus an die Genossen die Bitte richten: unterstützt unsere Frauen mehr bei ihrer Arbeit! Ihr müßt anerkennen, in wie hohem Maße die heutige Zeit an die Frau Ansprüche stellt.

Es war gut, daß dieser Parteitag, besonders der Parteivorstand, zur Frage der Erwerbstätigkeit der Frau Stellung genommen hat. Wir müssen über diese Dinge mehr als bisher in den Mitgliederversammlungen sprechen, damit nicht unsere eigenen Mitglieder ein Opfer irregeleiteter Agitation werden. (Sehr wahr!) Wir müssen die Angriffe der Nationalsozialisten auf die verfassungsmäßigen Rechte der Frau vielmehr als bisher in Wort und Schrift verbreiten. Die Anträge, die im Reichstag von diesen gegen die Erwerbstätigkeit der Frau gestellt worden sind, zeigen eine außerordentliche Unkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen wir uns befinden. So fordern die Nationalsozialisten eine Prüfung, ob an Stelle einer erwerbstätigen Frau nicht immer ein Mann gesetzt werden kann. Sie verlangen, daß verheiratete weibliche Beamte und Angestellte entlassen werden, auch in der Privatwirtschaft. Das zeigt, wohin der Weg geht. Diese Leute geben damit nur ihre Dummheit zu erkennen. Denn nicht nur jede Frau kann ein Mann in Frage kommen. Denken Sie z. B. an die Hauswirtschaft, die Textilbranche, die Damenschneiderei und all die anderen Arbeiten, die schon rein traditionell der Frau zukommen, und für die auch eine gewisse Berufsausbildung erforderlich ist. Wenn solche Dummheiten in die Welt gesetzt werden, müssen wir durch unsere Presse, durch Flugblätter, Reden